

# 1 **Schule von morgen – Elternwille gestern!**

2

3 **Leitantrag des Landesvorstands der Schüler Union Niedersachsen**

4 **zum 37. Landesdelegiertentag (LDT) am 21./22. Juni 2008 in Hannover**

5 *Verfasser: Michael Weickert und Marius Wüstefeld*

6

## 7 **Einleitung**

8 Seit der Regierungsübernahme durch CDU und FDP im Jahr 2003 unternimmt die  
9 Landesregierung, in Kenntnis der künftigen Situation der Demographie und der  
10 Bildungsqualität, zahlreiche Reformen.

11 Auf dem Weg hin zur Eigenverantwortlichen Schule wurde 2004 die Orientierungsstufe  
12 (OS) abgeschafft, das Zentralabitur mit Profiloberstufe nach 12 Jahren eingeführt,  
13 Praxistage an Hauptschulen durchgeführt und zentrale Prüfungen an Haupt- und  
14 Realschulen eingeführt. Zu weiteren Stärkung der Bildungsqualität richtete das Land  
15 2005 die Niedersächsische Schulinspektion ein, die seitdem regelmäßig alle Schulen in  
16 Niedersachsen überprüfen soll.

17 Der Wandel der Altersstruktur wird in den nächsten Jahren für einen merklichen  
18 Rückgang der Schülerzahlen sorgen. Durch die verschiedenartige Zusammensetzung der  
19 Schülerschaft gewinnt der Aspekt der Chancengerechtigkeit immer mehr Bedeutung.  
20 Herausforderungen für Land und kommunale Schulträger sind ebenso eine dauerhafte  
21 wie flächendeckende Bildungsversorgung.

22

## 23 **Das gegliederte Schulsystem**

24 Im Landtagswahlkampf 2008 wurde durch SPD, Grüne und Linkspartei die Forderung  
25 erneuert, Gemeinschaftsschulen verpflichtend in ganz Niedersachsen einzuführen.  
26 Damit wäre das Ende des gegliederten Schulsystems besiegelt gewesen und es wäre nur  
27 wenige Jahre nach der Abschaffung der OS und Einführung der Eigenverantwortlichen  
28 Schule zu einer beispiellosen Schulstrukturänderung mit verheerenden Folgen für  
29 künftige Generation gekommen. Die strukturellen und finanziellen Vorteile des  
30 gegliederten Schulsystems sind dagegen offensichtlich: Durch eine frühzeitige und  
31 leistungsgerechte Differenzierung der Schüler können diese erst gemäß ihrer Stärken  
32 und Schwächen gefördert werden. Dieser Grundgedanke lässt sich allerdings nur  
33 aufrechterhalten, wenn die Erziehungsberechtigten auch tatsächlich dazu bereit sind,

34die durch die Grundschule attestierte Leistungsfähigkeit ihrer Kinder anzuerkennen.  
35Aus diesem Grund ist der Freie Elternwille überflüssig. Es entbehrt schlicht jeder Logik,  
36dass nicht die schulischen Leistungen und von Pädagogen erstellte  
37Entwicklungsprognosen für den Besuch einer weiterführenden Schule ausschlaggebend  
38sind, sondern Eltern in der Praxis allzu oft unabhängig davon entscheiden. Nur wenn die  
39Politik ernsthaft an einem Erhalt des gegliederten Schulwesens interessiert ist, wird sie  
40auf lange Sicht nicht am Freien Elternwillen festhalten können. Um den Eltern aber  
41weiterhin ein Mitspracherecht bei der Schulwahl ihrer Kinder zu gewähren, fordert die  
42SU verbindliche Aufnahmeprüfungen für diejenigen, die eine Schulform, abweichend  
43von der Empfehlung der Grundschule besuchen wollen.

44

45Es lässt sich eine Art Schülerwanderung feststellen, die von der Realschule zum  
46Gymnasium und von der Haupt- zur Realschule von Statten geht. Dadurch sinkt die  
47Qualität des Unterrichtes an allen drei Schulformen, da ein Leistungsmittelfeld an  
48Schülerschaft fehlt. Dieses Mittelfeld ist, durch die Abwanderung der Leistungsträger  
49an die nächst höhere Schulform, in die Rolle der Leistungsträger aufgerückt, da die  
50Lehrkräfte ihren Unterricht nur an den Möglichkeiten der Lerngruppe ausrichten  
51können.

52Aber die Gesamtschule ist kein probates Mittel, um dieses Problem zu lösen. Denn  
53dieses Modell beraubt die Schule nicht nur der Dynamik sondern ist zusätzlich deutlich  
54teurer, sofern eine individuelle Förderung in dieser dafür an sich ungünstigen Situation  
55angestrebt wird. Die Gesamtschule vertritt den Anspruch durch kleinere Lerngruppen  
56gezielter zu fördern. Daraus folgt, dass erheblich mehr Lehrerstunden benötigt würden,  
57die finanziert werden müssten. Da die desaströse finanzielle Situation der öffentlichen  
58Haushalte es verbietet diesen enormen Aufwand zu erbringen, bedeutete die  
59Einführung der Gesamtschule zwangsläufig höhere Ausgaben. Es ist also in zweifacher  
60Hinsicht nicht im Sinne der Schüler, da sie einerseits nicht besser gefördert und  
61zusätzlich durch neue Schulden belastet werden würden.

62Zusammenfassend ist festzustellen, dass im Bereich der Haupt- und Realschule gewiss  
63noch Reformbedarf in Hinsicht auf Praxisorientierung besteht. Am Grundsatz des  
64gegliederten Schulwesens, aus Berufsbildenden-, Fördernden und Weiterführenden  
65Schulen, festgehalten werden muss. Insbesondere für den ländlichen Raum müssen  
66vielfältige Schulstandorte erhalten bleiben, damit dieser nicht noch mehr an

67Attraktivität verliert. Aufgrund von Fehlern im System, die von uns durchaus anerkannt  
68werden und die wir verändern wollen, ist das System in seiner Gesamtheit nicht in Frage  
69zu stellen.

70

### 71 **Unterrichtsqualität**

72Ein wichtiger Faktor in der Schulinspektion ist logischerweise die Überprüfung der  
73Qualität des Unterrichtes. Ohne eine akzeptable Bewertung des Unterrichtes kann eine  
74Schulinspektion nicht mit einer positiven Bilanz die Schule wieder verlassen.

75Von daher ist dieser Bereich jetzt und in Zukunft von großer Bedeutung für die  
76alltägliche Arbeit der Schulen. Die Verantwortung für die Qualitätsentwicklung trägt  
77der Schulvorstand, der die Arbeit in diesem Bereich zu koordinieren und über ihre  
78Ergebnisse abzustimmen hat, bevor sie von der Gesamtkonferenz endgültig  
79verabschiedet werden.

80Allerdings sollte vorab geklärt werden, dass es keine allgemein gültige Definition von  
81gutem Unterricht gibt und dass sich alle Beteiligten auch von der Position  
82verabschieden müssen, dass „guter Unterricht“ definiert werden kann. Wichtig ist  
83jedoch, dass dort, wo ein Eingreifen in die individuellen Spielräume der Lehrkräfte zu  
84Gunsten einer standardisierten Vorgehensweise sinnvoll ist, tatsächlich die Qualität  
85verbessert wird. Ein Bereich wäre hier zum Beispiel Grundsätze der  
86Hausaufgabenstellung, die u.a. zu einer besseren Vergleichbarkeit der außerschulischen  
87Arbeit führen würde.

88Damit Qualität verbessert werden kann, ist es zugleich unerlässlich, dass sie einerseits  
89gemessen und andererseits stetig überprüft wird. Dies wird auch durch Vorgaben des  
90Niedersächsischen Kultusministeriums und der Schulinspektion geregelt. Die Schulen  
91sind angehalten in regelmäßigen Abständen Selbstevaluationen (Eigenüberprüfungen)  
92ihrer Arbeit durchzuführen; als Ergänzung zur Evaluation der Schulinspektion, die circa  
93im Abstand von fünf Jahren eine komplette Überprüfung der Schule durchführt. Hierbei  
94ist zu beachten, dass es eine Menge verschiedener Möglichkeiten zur Selbstevaluation  
95gibt.

96Die Art und Weise obliegt der Eigenverantwortung der Schulen.

97

98Als Schüler Union Niedersachsen sind wird der Überzeugung, dass sich die Erfolge  
99guten Unterrichtes zu einem enormen Anteil an der Lernentwicklung der Schüler messen

100lässt. Deshalb ist es auch aus unserer Sicht unerlässlich, dass Schülervetreter in die  
101Arbeit an der Verbesserung der Unterrichtsqualität eingebunden werden. Zwar sind  
102Schüler keine ausgebildeten Pädagogen, aber sie sind es, an denen neue Methoden zur  
103ausprobiert werden. Von daher haben sie oftmals einen anderen und differenzierteren  
104Blickwinkel auf Unterricht.

105Wie die Schulen letztlich eine Schülerbeteiligung umsetzen soll den einzelnen  
106Schulvorständen überlassen werden. Ein bewährtes Modell ist die Einsetzung einer  
107Steuergruppe zur Qualitätsentwicklung, in der die Lehrkräfte zwar die Mehrheit haben,  
108aber Schüler zumindest beteiligt werden. Diese soll im Auftrag des Schulvorstandes die  
109Qualitätsentwicklung koordinieren und Abstimmungsvorlagen für den Schulvorstand  
110erarbeiten.

111

112

### 113**Herausforderung Demographischer Wandel und Integration**

114Der demographische Wandel – Schlagwort für die Überalterung unserer Gesellschaft.  
115Viel wird in diesem Zusammenhang über die künftige Finanzierbarkeit der  
116Sozialstandards unseres Sozialstaats diskutiert. „Ist die Rente sicher?“ und „bleibt  
117Gesundheit bezahlbar?“ sind hier die Fragen. Doch wie sieht es mit den Auswirkungen  
118auf die niedersächsische Schullandschaft aus und welche notwendigen Reformen bringt  
119dieser mit sich?

120Festszuhalten ist, dass der Demographische Wandel eine besondere Herausforderung  
121für die künftige Bildungspolitik darstellt. Durch zahlenmäßig schwächer werdende  
122Jahrgänge sind beispielsweise viele Schulen im ländlichen Raum in ihrer Existenz  
123bedroht und die Flächendeckende Bildungsversorgung ist in Gefahr. Eine  
124vorausschauende Schulentwicklungsplanung kann hier schon heute vor Ort die  
125zukünftigen Veränderungen der Schülerzahlen aufzeigen ist daher unabdingbar.

126Die möglichst wohnortnahe Beschulung in einem Zweig des gegliederten Schulsystems  
127muss jedoch auch künftig ermöglicht werden. Dafür wird eine finanzielle Unterstützung  
128der Kommunen, als Schulträger und Verantwortlicher für die Schülerbeförderung, durch  
129das Land nötig. Der in diesem Zusammenhang, vor allem von kommunalen  
130Mandatsträgern aller Parteien, erhobene Ruf nach Gesamtschulen, als billige und  
131einfache Möglichkeit des zukünftigen Schulangebots, kontakariert dabei jedoch alle

132notwenigen Anstrengungen zur Steigerung der Bildungsqualität und setzt eine gute  
133Zukunft der andernfalls künftig gut ausgebildeten Schüler leichtfertig aufs Spiel.

134

135Schon einfache mathematische Gedankenspiele belegen, dass die Bundesrepublik auf  
136Einwanderung setzen muss, um Wohlstand dauerhaft zu garantieren. In diesem Sinne  
137hat die Bundesbildungsministerin eine Herabsetzung des nötigen Jahresbruttolohns auf  
13850000 Euro gefordert, der es vermehrt qualifizierten Zuwanderern ermöglichen soll, sich  
139in Deutschland niederzulassen.

140Durch diese wünschenswerte Zuwanderung ergibt sich eine jedoch weitere Belastung  
141für das Schulsystem, da die bestehende Integrationsproblematik weiter verschärft  
142würde. Deshalb stellt der Demographische Wandel nicht nur einen zusätzlichen  
143Aufwand für die Kommunen dar, sondern auch auf die Lehrkräfte kommen durch die  
144Auseinandersetzung mit Integrationsfragen höhere Anforderungen zu.

145

#### 146**Unsere Forderungen**

147Die Schüler Union Niedersachsen ist von daher zu dem Ergebnis gekommen, dass sich  
148die Landesregierung klar zur Hauptschule bekennen muss. Die Hauptschule ist eine  
149Schulform mit Chance, da sie kleine Klassengrößen und somit eine individuellere  
150Förderung bieten kann. Damit das gegliederte Schulsystem aber auch weiterhin in  
151seiner Gesamtheit erhalten werden kann, ist es wichtig, die Durchlässigkeit zwischen  
152den verschiedenen Schulformen weiter auszubauen. Es muss möglich sein, mit einem  
153guten und sehr guten Hauptschulabschluss die Möglichkeit zu erhalten, eine Mittlere  
154Reife zu erwerben, ebenso wie es möglich sein muss, mit einer guten bis sehr guten  
155Mittleren Reife die Möglichkeit zu erhalten, die Gymnasiale Oberstufe und ein Abitur zu  
156absolvieren. Erreicht man dies, ist es den Eltern besser vermittelbar, den freien  
157Elternwillen endgültig abzuschaffen. Der freie Elternwille wirkt sich oftmals nur zum  
158Nachteil für die Kinder aus, da die Bewertung der Grundschule zu ca.90% zutrifft und  
159eine Überforderung der Kinder daher in vielen Fällen gegeben ist. Ist eine hohe  
160Durchlässigkeit gegeben, dann ist ein "Durchmarsch" von der Hauptschule zum Abitur  
161möglich, sofern die Fähigkeiten der Schüler dies hergeben.

162

163

164Damit solche Entscheidungen aber auch wirklich umgesetzt und nicht in einem Prozess  
165der ewigen Debatte ausgehöhlt werden, muss die Gesamtkonferenz als  
166Entscheidungsträger für Projektwochen und die Qualitätsentwicklung abgelöst werden.  
167So kann Schule mit ihren vielfältigen Aufgaben die sie heute hat effizienter und  
168schneller Arbeiten. Diese Kompetenzen sind dann auf den Schulvorstand zu übertragen.  
169Die Gesamtkonferenz als Entscheidungs-träger über schulalltägliche Angelegenheiten  
170hat sich in der Zeit der Eigenverantwortlichen Schule überlebt und ist momentan  
171ohnehin oftmals nicht mehr als ein reines Diskussions- und Profilierungsforum.

172All diese Forderungen sind die Weiterentwicklungen der Forderungen der Schüler Union  
173Niedersachsen vom 34. LDT in Göttingen 2005. Schulvorstand und Eigenverantwortliche  
174Schule sind mittlerweile Realität geworden. Jetzt müssen diese Errungenschaften nicht  
175nur bewahrt sondern auch so gestaltet werden, damit niedersächsische Schulen im  
176internationalen Vergleich ihren Standard verbessern können.

177

### 178**Fazit**

179Die Anforderungen an Schule sind in den letzten Jahren enorm gewachsen. Völlig neue  
180Herausforderungen bestimmen durch die neue Eigenverantwortung den Schulalltag.  
181Eines wird jedoch oftmals von den verantwortlichen Behörden, die die Vorgaben zur  
182Qualitätsentwicklung liefern übersehen. Die Qualität einer Schule definiert sich über die  
183Qualität des Unterrichtes. Wenn aber die Lehrkräfte aufgrund der Überbeanspruchung  
184durch eine zu umfassende Neuorientierung der Schule in verschiedenen Bereichen  
185eingebunden sind, verlieren sie Zeit für Unterrichtsvorbereitungen, wodurch die  
186Qualität des Unterrichtes abnimmt. Deshalb sollten es die übergeordneten Behörden  
187den Schulen in ihrer Eigenverantwortung überlassen, wo sie ihre Schwerpunkte im  
188Bereich der Qualitätsentwicklung setzen.

189Das gesellschaftliche Gesamtprojekt Schule kann auch im 21. Jahrhundert nur gelingen,  
190wenn alle Beteiligten bereit sind Abstriche in Kauf zu nehmen, um für eine moderne und  
191den Umständen der Globalisierung angegliche Schule eintreten.